

Zurück zur Scholle



Was verbindet einen Schweizer Bauern ...



Mit ihren Volksinitiativen wollen die Grünen und der Bauernverband die Schweizer Landwirtschaft vom Ausland abschotten. Verlierer wären die Natur und die Bauern in Afrika
VON CLAUDIA WIRZ

... mit seinem afrikanischen Kollegen? Sie sind Konkurrenten auf dem Weltmarkt

Mehr Umweltschutz, mehr Tierwohl, mehr fairer Handel – wer kann schon gegen so viel Gutes sein? Süsse Früchte von der Heimatscholle statt bittere Billigimporte aus industrieller Massenproduktion – was könnte man dagegen einwenden? Das Menü für eine bessere Welt, das uns Grüne und Bauern in zwei voneinander unabhängigen Volksinitiativen vorsetzen, macht Appetit. Der Stimmbürger kann dem Unrecht dieser Welt endlich etwas entgegensetzen.

Die Absender der beiden Initiativen, die Grüne Partei der Schweiz und der Schweizerische Bauernverband, wissen um die politische Zugkraft des Themas. Sie wissen, dass die Ernährung alle etwas angeht. Dass sich alle empören über die Verschwendung von Nahrungsmitteln, obwohl sie selbst daran partizipieren. Dass man hierzulande Bilder von gequälten Batterie-hühnern nicht sehen mag, ebenso wenig wie solche von hungernden Kindern in Afrika oder ausgebeuteten Kleinbauern in Südamerika. Volksinitiativen, die gegen derlei Missstände ankämpfen, haben viel politisches Potenzial. Denn sie gehen ans Herz.

Doch wie beim Einkauf von Muesli und Tomatensauce ist es auch bei politischen Produkten wichtig, die Verpackungsangaben genau zu studieren. Denn in der hübschen Verpackung könnte so manch fragwürdiger Inhaltsstoff stecken.

Nehmen wir die Volksinitiative des Schweizerischen Bauernverbands zur Ernährungssicherheit. In den nächsten Tagen beginnt die groß angelegte Unterschriftensammlung. Das Begehren ist eine einzige Erklärung guter Absichten. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus »vielfältiger, nachhaltiger, inländischer Produktion« soll »gestärkt«, der Kulturlandverlust bekämpft und die Qualitätsstrategie der schweizerischen Landwirtschaft umgesetzt werden. Der Bauernverband gibt sich globalisierungskritisch und solidarisch mit den Bauernfamilien in aller Welt. Man verurteilt die Landnahme, das sogenannte *land grab-*

bing, nicht näher genannter Länder. Man kann sich denken, wer gemeint ist. China zum Beispiel. Wir reichen Schweizer jedoch sollen den Armen nicht ohne Not die Kartoffeln vom Teller essen, sondern, wenn immer möglich, unsere eigenen, qualitativ hoch stehenden Erdäpfel produzieren. Der Selbstversorgungsgrad der Schweiz soll nicht sinken, ja, im Idealfall sogar zunehmen. Dann sei unsere Ernährung, trotz Globalisierung und Bevölkerungswachstum, gesichert, verheissen uns die Initianten.

Die Selbstversorgung der Schweiz ist ein Mythos

So weit, so gut. Doch bei genauerem Betrachten zeigt sich, dass diese Initiative voller Widersprüche ist. Widersprüchlich in sich selbst und widersprüchlich in Bezug auf die hinlänglich bekannte Politik des Bauernverbandes. Dieser hat sich bisher weder als Tierschutzverein, noch als Umweltschutz- oder Entwicklungsorganisation für die Dritte Welt profiliert. Sein Tun dient kompromisslos den eigenen Interessen. Mit Händen und Füßen hat er seinerzeit gegen einen strengeren Tierschutz und gegen die Nachrüstung von Traktoren mit Partikelfiltern gekämpft. Während der letzten Agrarreform ist der Bauernverband an oberster Stelle, also beim zuständigen Bundesrat, gegen ein neues Programm vorgegangen, welches jene Bauern belohnen will, die freiwillig ihren Kraftfuttermittel drosseln und damit einen Beitrag leisten gegen einen großen Sündenfall der Schweizer Landwirtschaft: den Einsatz von importiertem Kraftfutter. Als es ihm nicht gelang, das Programm zu bodigen, kämpfte er – teilweise erfolgreich – für eine Abschwächung der Kriterien.

Der Bauernverband will eine »produzierende« Landwirtschaft, er mag kein ökologischer Landwirtschaftsverbände sein.

Und genau darauf zielt seine Initiative. Er will die Schweizer Landwirtschaft vom Markt abschotten – und sie weiter industrialisieren. Beides ist weder nachhaltig noch ökologisch, sondern dient allein der Strukturhaltung und lässt eine die

Bauern umgebende Industrie, die personell eng mit dem Bauernverband verwoben ist, immer fester werden.

Die Initiative zur Ernährungssicherheit bewahrt aber nicht nur den agrarischen Bestandsstand, nein, sie ist ein Angriff auf die Agrarpolitik 2014/17 des Bundes. Diese will ökologische Leistungen der Bauern gezielter abgetrennt, wie dies der Souverän schon seit Jahren fordert. Zwar werden vermutlich auch mit dieser Reform die im Jahr 2008 formulierten »Umweltziele Landwirtschaft« nicht erreicht werden. Aber sie stellt als politischer Kompromiss wichtige Weichen in Richtung einer Landwirtschaft, die schonender mit natürlichen Ressourcen umgeht. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Abschaffung der sogenannten Tierbeiträge, die bisher einen hohen Tierbestand und damit auch hohe Futtermittelimporte, hohe Umweltauswirkungen und Überproduktion förderten.

Die Rückkehr zu einer »produzierenden« Landwirtschaft, wie sie der Bauernverband fordert, wäre eine Rückkehr in alte Zeiten und zu alten Fehlern. Dass die Initianten die Begriffe »nachhaltig« und »ökologisch« bemühen, ändert daran nichts. Schon heute stehen sie als Ziele im Landwirtschaftsartikel, und schon heute werden diese Ziele nicht erfüllt. Die Ökobilanz der Schweizer Landwirtschaft ist viel weniger glanzvoll, als uns der Bauernverband in seiner vom Steuerzahler mit zwei Millionen Franken jährlich mitfinanzierten Imagekampagne »Gut, gibt's die Schweizer Bauern« glauben machen will. Wer auf diesen wunden Punkt den Finger legt, macht sich im bäuerlichen Establishment keine Freunde. Diese Erfahrung musste im vergangenen Jahr eine Forschergruppe machen, die im Auftrag des Bundesamtes für Landwirtschaft dem Schweizer Bauernstand in Sachen Ökologie ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis ausstellte.

Dabei liegen die Befunde längst auf dem Tisch: Die Biodiversität im ländlichen Raum nimmt ab, die Bodenverdichtung, verursacht durch den Einsatz schwerer Maschinen, erreicht bedenkliche Ausmaße. Das fördert die Erosion, wodurch die Bodenfruchtbarkeit sinkt – ein Schaden, der sich nicht mehr rückgängig machen lässt.

Kurzum: Die »produzierende« Landwirtschaft schon ihre natürlichen Ressourcen nicht, obwohl die Verfassung sie dazu verpflichtet und obwohl sich die einheimische Lebensmittelproduktion nur so nachhaltig sichern lässt.

Wenn der Bauernverband diesen Weg weiter »stärken« will, erreicht er das Gegenteil von Ernährungssicherheit. Nämlich die totale Abhängigkeit. Die Schweiz hat sich mit ihrer intensiven Landwirtschaft völlig dem Ausland ausgeliefert. Ganz gleich, ob Futtermittel, Saatgut, Diesel, Maschinen, Dünger oder Salatsetzlinge – ohne Importe wächst auf der Heimatscholle gar nichts. Um eine Kalorie Nahrungsmittel zu produzieren, muss die Schweiz heute zwei Kalorien Energie importieren.

Die Selbstversorgung, auch die teilweise, ist ein Mythos.

Mit dem Import von Futtermitteln befeuert die Schweiz den sogenannten Ressourcenkolonialismus. Im Rahmen des Projekts »Feed no Food« wurde ausgerechnet, dass man 520 000 Menschen ein Jahr lang ernähren könnte, wenn alle Schweizer Milchviehbetriebe ein Viertel weniger Kraftfutter einsetzen würden. Dieses wird zum großen Teil eingeführt; nicht zuletzt aus Südamerika, wo dafür Urwälder gerodet werden. Die Marktabschottung im Lebensmittelbereich schadet wiederum den Bauernfamilien in ärmeren Ländern. Denn auf diese Weise nimmt man ihnen Möglichkeiten, ihre Produkte in den Industrieländern zu verkaufen.

Es grenzt ohnehin ans Unverschämte, schweizerische Bauernfamilien mit afrikanischen Kleinbäuerinnen gleichzusetzen und dann internationale Solidarität zu predigen. So wie dies der Bauernverband gerne tut. Die Schweizer Bauernfamilie erhält gemäß OECD fast 60 Prozent ihrer Einkünfte vom Staat. Nur Norwegen zahlt den Bauern noch mehr Staatsgeld.

Nun ist eine Lösung für die ökologischen Sünden der Schweizer Landwirtschaft in Sicht. Hoffte man. Doch die »Lebensmittel-Initiative«, welche die Grüne Partei an ihrer letzten Delegiertenversammlung lancierte, kümmert sich nicht um die hiesigen Bauern. Die Grünen wollen mit der Gabel die Welt verändern. Ein wunderbarer Gedanke.

Bei näherer Betrachtung ist die Initiative aber schlicht untauglich. Sie ist nicht durchdacht, es fehlt den Urhebern der agrarökonomische Sachverstand. Die ökologischen und sozialen Probleme, welche die mit Steuergeld geschwängerte, hochmechanisierte Landwirtschaft im In- und Ausland verursacht, sind kein Thema. Ganz im Gegenteil: Die Grünen stimmen in den national-konservativen Lobgesang des Bauernestablishments ein und verklären die Schweiz zum Maß aller Dinge.

Im Grundsatz sollen alle importierten Lebensmittel schweizerischen Richtlinien genügen. Den Richtlinien eines reichen Landes also, das es sich leisten kann, einen großen Teil seiner durch die Ernährung verursachten Umweltemissionen ins Ausland zu exportieren.

Die Grünen nehmen einen Versorgungsengpass in Kauf

Wer aber soll das alles kontrollieren? Und um wie viel würden sich die Lebensmittel damit verteuern? Auf diese Fragen wissen die Grünen keine Antwort. Ebenso wenig wie man zu den nach Schweizer Standards produzierten 300 000 Tonnen Soja kommen soll, die die hiesigen Tierhalter jährlich verfüttern. Oder ob sie mit ihrem Vorhaben am Ende nicht sogar einen Versorgungsengpass provozieren würden?

Schließlich deckt die Schweiz ihren Lebensmittelbedarf ungefähr zur Hälfte mit Einfuhren aus dem Ausland, und es ist kaum zu erwarten, dass sich der Weltmarkt nach den Schweizer Standards ausrichten würde. Außerdem ist es überaus fraglich, ob das Importregime der kleinen Schweiz in den Exportländern irgendeine Wirkung zugunsten von mehr Ökologie und sozialer Gerechtigkeit erzielen könnte.

Alles kein Problem, heißt es dazu bei den Initianten. Man wird es schon irgendwie richten. Und so wird bald einmal klar: Nicht die Welt, sondern ihre eigenen Resultate bei den nächsten eidgenössischen Wahlen wollen die Grünen verbessern. Und die stehen bereits 2015 an.

CH

Ja, ich lese DIE ZEIT 3 Monate zum Sonderpreis!
 Ich teste DIE ZEIT 13 Wochen lang für nur 57.20 CHF statt 94.90 CHF im Einzelkauf und erhalte mein Wunschgeschenk. Wenn ich mich nach der 12. Ausgabe nicht melde, beziehe ich DIE ZEIT 52x im Jahr für zzt. nur 6.20 CHF pro Ausgabe frei Haus statt 7.30 CHF im Einzelkauf. Das Abonnement ist jederzeit kündbar. Ansonsten reicht eine formlose Mitteilung an den Leser-Service. Zudem erhalte ich den kostenlosen Newsletter »ZEIT-Brief«. Meine Geschenke darf ich in jedem Fall behalten. Der Versand erfolgt nach Eingang der 1. Zahlung. Angebot nur in der Schweiz gültig. Auslandspreise auf Anfrage.

Meine Geschenke: Schreibset »Noblesse« + ZEIT-Notizbuch (Bitte nur ein Kreuz machen)
 Malgrün Schwarz

Anrede/Vorname/Name _____
 Straße/Nr. _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon _____
 E-Mail _____

Ich zahle bequem per Debit Direct und erhalte zusätzlich 2 weitere Ausgaben der ZEIT kostenlos!

Name des Kontoinhabers (Widerspruchsrecht innert 30 Tagen) _____
 Postkonto-Nr. _____

Ich zahle per Rechnung
 Ich bin Student und spare nach dem Test sogar über 31% (zzt. nur 5.- CHF pro Ausgabe). Meine gültige Immatrikulationsbescheinigung liegt bei. Zusätzlich erhalte ich 6x pro Jahr das Studentenmagazin ZEIT CAMPUS.
 Ja, ich möchte von weiteren Vorteilen profitieren. Ich bin daher einverstanden, dass mich DIE ZEIT per Post, Telefon oder E-Mail über interessante Medienangebote und kostenlose Veranstaltungen informiert.

Datum _____ Unterschrift _____

DIE ZEIT, Leser-Service, D-20080 Hamburg
 ☎ +49-40/42 23 70 70 ☎ +49-40/42 23 70 90
 ✉ abo@zeit.de* www.zeit.de/abo

* Bitte jeweilige Bestellnr. angeben

Bestellnr.: 1138085 H5/H7 • 1138086 Stud.H5/H7

Jetzt 3 Monate DIE ZEIT lesen und 39 % sparen!

Erleben Sie die Welt mit der ZEIT aus einem anderen Blickwinkel. Freuen Sie sich jede Woche auf die große Vielfalt an internationalen Themen und Meinungen sowie auf drei exklusive Schweiz-Seiten!



ZEIT-Notizbuch in A5 (blanko) + Schreibset »Noblesse« (Füllfederhalter und Kugelschreiber)

Ihre Geschenke

www.zeit.de



Genießen Sie **DIE ZEIT**